

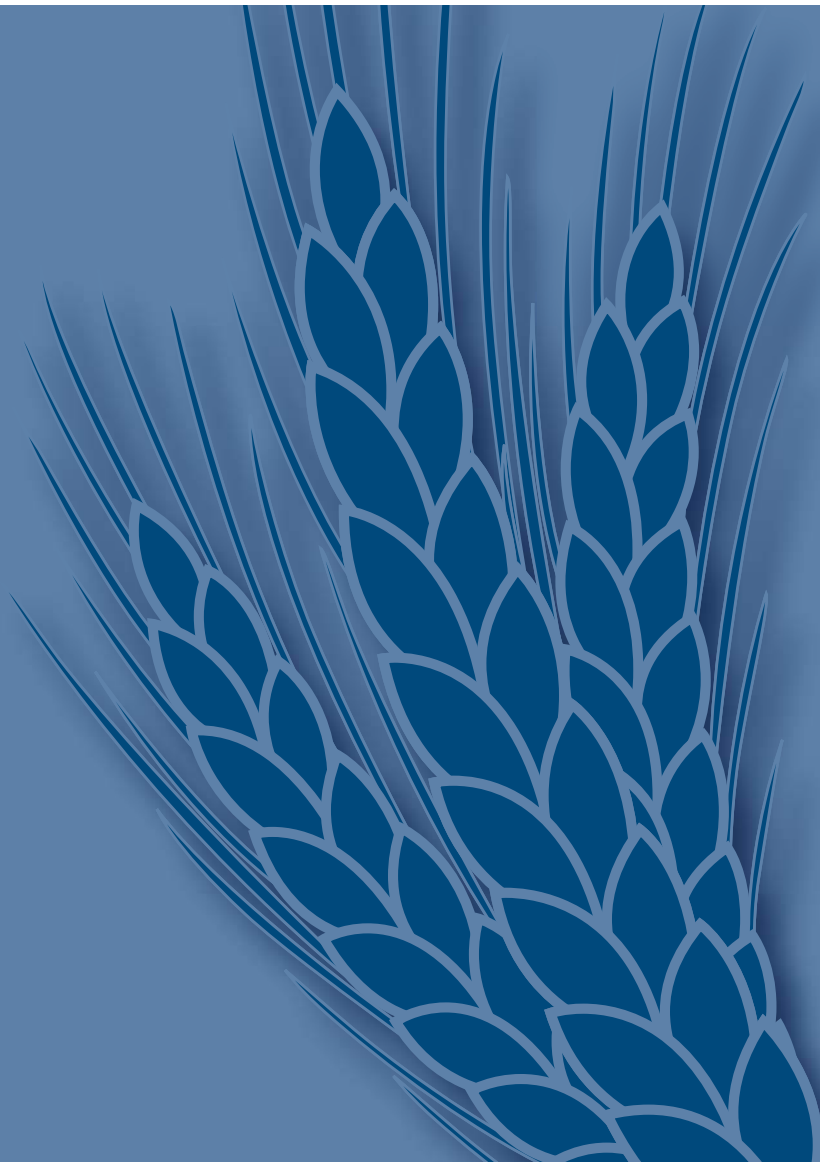
**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



**Zukunftsentwickler.**  
Wir machen Zukunft.  
Machen Sie mit.



**Sektoranalyse**

# **Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungs- zusammenarbeit**

**Aktuelle Situation und Ausblick im Sektor Landwirtschaft und  
Naturressourcenmanagement**



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Hintergrund und Ziele der Kooperation mit der Privatwirtschaft in Landwirtschaft und Naturreourcenmanagement</b>	<b>5</b>
1.1 Relevanz des Sektors Landwirtschaft und Naturreourcenmanagement für die nachhaltige Entwicklung der Partnerländer	5
1.2 Ziele der deutschen EZ im („grünen“) Sektor Landwirtschaft und Naturreourcenmanagement	6
1.3 Relevanz der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Sektor Landwirtschaft und Naturreourcenmanagement	7
<b>2. Formen der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in Landwirtschaft und Naturreourcenmanagement</b>	<b>8</b>
2.1 Sponsoring und Kofinanzierung	9
2.2 Multi-Stakeholder-Dialoge und informelle Netzwerke	9
2.3 Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft	10
2.4 Public Private Partnerships (PPP)	12
2.5 Mobilisierung und Bündelung privaten und öffentlichen Kapitals	12
2.6 Finanzdienstleistungen und Beratung für private Investitionen in Entwicklungsländern	13
<b>3. Ansätze und Instrumente weiterer Ressorts sowie Initiativen der verfassten Wirtschaft</b>	<b>15</b>
3.1 Ansätze und Instrumente weiterer Ressorts	15
3.2 Initiativen der verfassten Wirtschaft	15
<b>4. Ausblick</b>	<b>17</b>
<b>5. Glossar</b>	<b>19</b>

# Einleitung

Die Erkenntnis ist inzwischen weit verbreitet: die ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen in Entwicklungsländern stellen Herausforderungen dar, die nicht allein auf Regierungsebene zu meistern sind. Vielmehr müssen alle gesellschaftlich relevanten Kräfte intensiv eingebunden werden, um die Lebenssituation der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern. Großes Gewicht kommt dabei der Privatwirtschaft zu, aber auch gemeinnützige Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, kirchliche Einrichtungen und Stiftungen nehmen eine wichtige Rolle ein und sind als Kooperationspartner für Regierungen und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) von großer Bedeutung. Die Kooperation mit und zwischen diesen Akteuren lässt zusätzliche Potenziale für die EZ entstehen.

Um die Schnittstellen im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement im Dialog mit den verschiedenen Akteuren weiterzuentwickeln, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verschiedene Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht. Das vorliegende Arbeitspapier „Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – aktuelle Situation und Ausblick im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement“ ordnet sich ein in einen mehrteiligen Prozess, aus dem bereits das BMZ-Strategiepapier Nr. 5: „Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – Aktuelle Situation und Ausblick im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement“ hervorgegangen ist. In diesem fünften Papier wurden sechs Basisformen der Kooperation mit der Wirtschaft abgegrenzt und damit ein konzeptioneller Rahmen geschaffen, der eine zielgerichtete Analyse von Kooperationserfahrungen über verschiedene Schwerpunktsektoren und -themen hinweg zulässt.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist für Fragen der nationalen und internationalen Agrarpolitik und -wirtschaft fachlich zuständig. Das BMELV führt seit Mitte der 90er-Jahre Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft durch und

unterstützt so in ausgewählten Partnerländern weltweit die Etablierung produktiver und ressourcenschonender Landwirtschaft, um die Nahrungsmittelproduktion auf nachhaltige Art zu steigern. Daher gilt es, gezielt die Synergien aus den Ansätzen der Ressorts zu nutzen und Initiativen künftig enger abzustimmen.

Das hier präsentierte Dokument ist in diesem Kontext zu sehen und wurde durch das BMZ unter maßgeblicher Beteiligung des BMELV, der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der KfW Bankengruppe erstellt und verarbeitet. In Teilen wurden Rückmeldungen der verfassten Wirtschaft aufgenommen. Es soll die Grundlage bilden für einen strukturierten Dialog, durch den die gegenseitigen Kenntnisse über Ziele, Ansätze, Kompetenzen und Ressourcen von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und des privaten Sektors im Bereich Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement vertieft werden. Da sich dieser Bereich sehr dynamisch entwickelt, ist dieses Arbeitspapier als Momentaufnahme zu sehen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nichtsdestoweniger soll das Papier auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Anregungen und Ideen bieten, wie die bestehende Vielfalt an Kooperationsformen und -instrumenten zum gegenseitigen Nutzen der Partnerländer und der Wirtschaft eingesetzt werden kann. Dabei werden auch Initiativen und Programme anderer Bundesressorts sowie der verfassten Wirtschaft selbst betrachtet.

Koordiniert wurde die Erstellung des Papiers durch Michael Plesch, Alexander Döbler, Björn Schildberg (alle BMZ) und Carsten Schmitz-Hoffmann (GIZ). Die das BMELV-Angebot betreffenden Teile wurden mit Gunther Beger und Walburga Goetz abgestimmt. Seitens der KfW Entwicklungsbank hat Jürgen Fechter und seitens der DEG Karl Weinfurter und Franziska Hollmann mitgearbeitet. Externe Unterstützung erfolgte durch Christian Koch (Como Consult).

# 1 Hintergrund und Ziele der Kooperation mit der Privatwirtschaft in Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement

## 1.1 Relevanz des Sektors Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement für die nachhaltige Entwicklung der Partnerländer

Die Ökonomien vieler Partnerländer der deutschen EZ sind noch immer stark landwirtschaftlich geprägt. Je niedriger das Volkseinkommen, desto höher ist der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP). In den ärmsten Ländern Afrikas, Süd- und Südostasiens liegt er deutlich über 30%<sup>1</sup>. Der Anteil fiel noch weit höher aus, wenn mineralische Rohstoffexporte einbezogen würden. In den stärker entwickelten agrarisch geprägten Ländern tragen die mit der Landwirtschaft verbundenen Subsektoren in Industrie und Dienstleistungen ebenfalls bis zu 30% zum BIP bei. Zieht man die Beschäftigtenzahlen heran, ist der Anteil der Landwirtschaft noch deutlich höher und liegt in der Größenordnung von 65%. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den Lebensunterhalt wird auch dadurch deutlich, dass von den 5 Milliarden Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern 3 Milliarden in ländlichen Regionen leben und davon 2,5 Milliarden in der Landwirtschaft und 1,2 Milliarden in Kleinbetrieben tätig sind.

Die wirtschaftliche Nutzung der Naturressourcen („grüner Sektor“) vereint eine breite Palette miteinander verbundener Wirtschaftszweige. Sie reichen von der Primärproduktion über die Ernährungssicherung (Betriebe der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei) bis zur Produktion von agrarischen Rohstoffen und Sammelprodukten für das verarbeitende Gewerbe. Neben den Produzenten spielen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Nahrungsmittel- und Holzverarbeitenden Industrie eine wichtige Rolle, aber auch etliche andere Branchen, die auch die Produktion und Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen sowie den Handel einschließen. Dazu zählen auch die vor- und nachgelagerten Unternehmen der Agrarwirtschaft (Unternehmen für land-, forst- und

fischereiwirtschaftliche Ausrüstungen, Transportunternehmen, Finanzdienstleister, Landhandel, Reparaturwerkstätten sowie etliche spezialisierte Kleindienstleister). Die wirtschaftliche Nutzung von Naturräumen bietet darüber hinaus Geschäftsmöglichkeiten im ländlichen Tourismus und Kunsthandwerk mit einer Vielzahl von spezifischen KMU im Umfeld.

Die Förderung der Landwirtschaft und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern ist damit der Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung. Eine zunehmende und zugleich ressourceneffiziente und klimaschonende Nahrungsmittelproduktion ist Grundvoraussetzung für Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung. Nahrungsmittelproduktion muss dabei einhergehen mit der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes unter Berücksichtigung und Förderung existierender sozialer Strukturen (Familie, Dorf etc.). Sie muss ferner einhergehen mit der raschen Anhebung der Bildung und der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen. In all diesen genannten Bereichen haben Frauen eine Schlüsselrolle und werden daher besonders gefördert.

Die Vorhaben der deutschen EZ im grünen Sektor liegen häufig im Spannungsfeld zwischen Naturerhaltung und Landnutzung. Ländliche Entwicklung ist primär von natürlichen Ressourcen und Umweltleistungen abhängig. Sie sind nicht nur die Grundlage landwirtschaftlicher Produktion, sondern dienen auch direkt als Quelle für Nahrungsmittel (Fisch, Fleisch, Wildgemüse), Energie (Brennholz), zur Gesundheitsvorsorge (Heilkräuter) und als Trinkwasserreservoir. Angesichts der unmittelbaren materiellen Not wird die Grenze zu einer ökologisch riskanten Übernutzung der natürlichen Ressourcen häufig überschritten. Vorhaben der wirtschaftlichen Entwicklung des grünen Sektors bieten daher besondere Herausforderungen für die EZ.

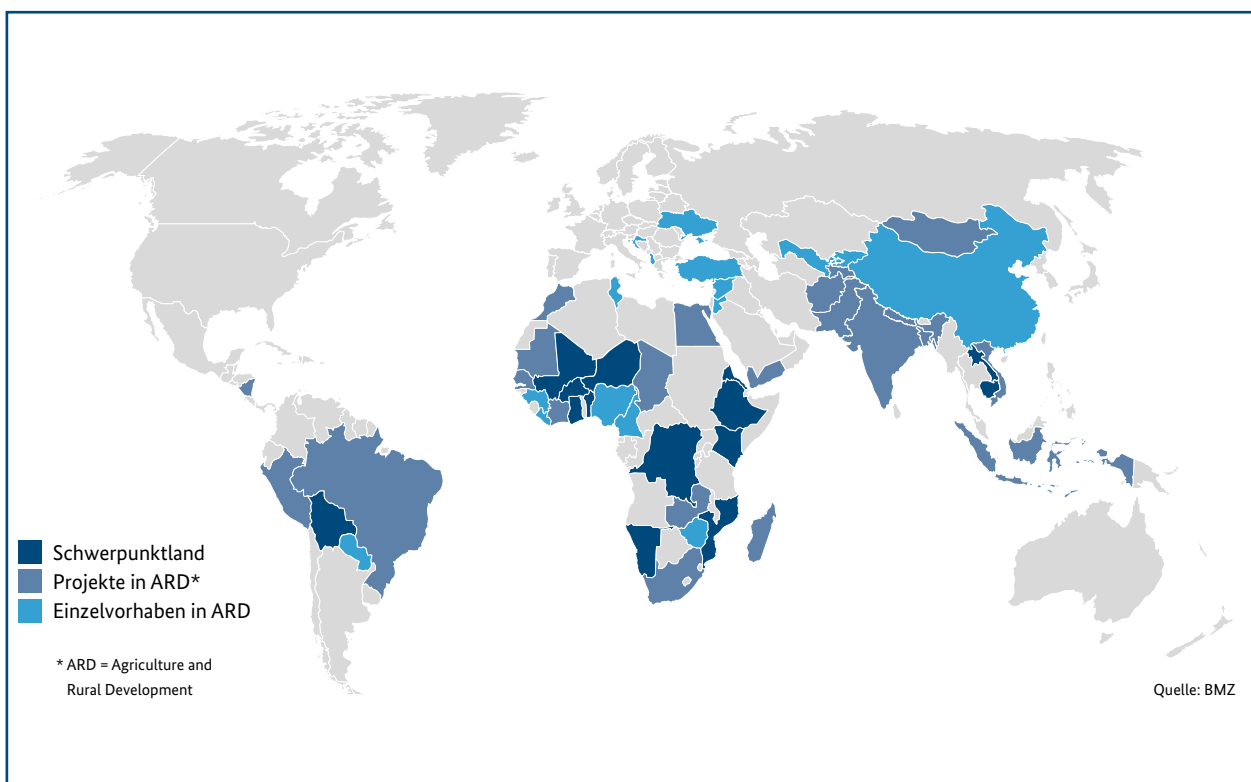
<sup>1</sup> In der Spitze bei 56% (Zentralafrikanische Republik, 2009), siehe <http://data.worldbank.org/indicator/NV.AGR.TOTL.ZS>, 29.11.2012.

## 1.2 Ziele der deutschen EZ im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement

Das grundlegende Ziel der EZ in der Agrarwirtschaft entspricht dem ersten Millenniumsentwicklungsziel, der **Bekämpfung von extremer Armut und Hunger** (MDG 1). Stabiles Wirtschaftswachstum sowie die Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Armutsreduzierung. Im darauf aufbauenden Aktionsprogramm 2015 hat die Bundesregierung unter anderem das Ziel gesetzt, **bessere Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft** zu gestalten. Zugleich zielt die EZ auf den **Erhalt der natürlichen Produktionsgrundlagen Boden, Wasser und Biodiversität**, wodurch auch ein Beitrag zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt (MDG 7) geleistet wird. Die Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen und die **Anpassung der Agrarwirtschaft an den Klimawandel** sind weitere Ziele. Die EZ sollte in diesem Bereich auf mögliche Synergien zwischen Emissionsminderungsaktivitäten und Anpassungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft abzielen und dadurch die Bereitschaft

der Partnerländer stärken, aktiv Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind klassische Felder der EZ. Die Erfahrung zeigt, dass die Nachhaltigkeit der geleisteten technischen und institutionellen Aufbauarbeit entscheidend von der Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der Lösungen abhängt. Die wirtschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit ist gleichrangig mit der ökologischen und sozialen. Bei wichtigen wirtschaftlichen Themen ist die EZ im Agrarbereich beispielgebend, vor allem bei Investitionen in die Verbesserung der Rahmenbedingungen für regionale wirtschaftliche Entwicklung, bei Entwicklungspartnerschaften zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren, bei der Umsetzung von Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards, beim Aufbau von Produzentenorganisationen und regionalem Handel, bei der Entwicklung von Märkten bzw. bei der Sicherung des Marktzugangs sowie bei der Einbindung in Wertschöpfungsketten. Die EZ hat umfangreiche Erfahrung mit der Förderung von Nahrungsmittelproduktion, industriellen Kulturen und Bewässerungslandwirtschaft gesammelt.



### 1.3 Relevanz der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement

Die Agrarwirtschaft ist in vielen Ländern der wichtigste volkswirtschaftliche Sektor. Er ist oft durch ineffiziente Produktionsverfahren, schlechte Marktanbindung, Absatzprobleme und limitierte Entwicklungsmöglichkeiten gekennzeichnet, bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Ohne die Mobilisierung privaten Kapitals und Wissens bleiben die Investitionen im Allgemeinen zu gering. In den letzten 10 Jahren haben die Projektansätze in Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung daher immer stärker den Privatsektor als Partner einbezogen. Er wird zukünftig eine noch größere Rolle spielen müssen.

Den Mehrwert einer vertieften Kooperation mit der Privatwirtschaft sieht die EZ unter anderem im Zugang zu anwendungsbezogenem Wissen, Fertigkeiten, Produkten und Dienstleistungen der Industrie, die das bestehende EZ-Leistungsspektrum erweitern können. Gleichzeitig kann die EZ ihre Ansätze und Erfahrungen im Rahmen einer Kooperation in die Privatwirtschaft einbringen und damit eine entsprechende breitenwirksame Hebelwirkung erzielen. Durch die Einbeziehung privaten Kapitals bzw. durch die Koppelung von öffentlichen Mitteln mit privatem Kapital können zusätzliche, entwicklungspolitisch relevante Projekte finanziert und umgesetzt werden.

Im Gegenzug bietet eine vertiefte Kooperation mit der EZ für die Privatwirtschaft den Zugang zu lokalem Wissen, Kulturen und Traditionen in neuen Märkten, fundierte Informationen über politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und verbesserten Zugang zu Investitionsplanungen auf administrativer Ebene. Durch die Einbindung der EZ können zusätzliche Projekte wirtschaftlich abgesichert werden, die sonst unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht realisierbar wären.

Im Rahmen von Projekten im grünen Sektor gibt es eine Vielzahl von Schnittstellen zwischen öffentlicher Verwaltung, staatlicher EZ und privaten Akteuren. Sie umfassen Förderprogramme für Kleinbauern, Aus- und Weiterbildung in modernen, nachhaltigen und effizi-

enten landwirtschaftlichen Produktionsverfahren, die Zusammenarbeit mit privaten Forstbetrieben in Aufzuchtprogrammen, die Unterstützung von privaten Investitionen in die Verarbeitung verschiedener Rohstoffe, Investitionen in Bewässerungsanlagen und die Förderung von Betreiberorganisationen, die Vergabe von Konzessionen in Schutzgebieten an Unternehmen sowie die Förderung kommerzieller Weiterverarbeitung diverser Agrarprodukte.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor nutzt unterschiedliche Instrumente. Die wichtigsten Ansätze im grünen Sektor sind die Förderung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Sektor und einzelnen Firmen durch die Organisationen der EZ, die Gestaltung und Moderation von Multi-Stakeholder-Dialogen und Netzwerken der Privatwirtschaft, vor allem zur Vereinbarung und Umsetzung von Standards, zur Erhöhung der Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe, zur Förderung ausgewählter Subsektoren und Wertschöpfungsketten und zur Finanzierung privater Investitionen. Einzelvorhaben befassen sich oft mit der Entwicklung von Innovationen und pilothaften Lösungen.

Im Falle der Landwirtschaft werden Wirtschaftsleistungen in aller Regel von privater Seite erbracht. Oft wird die privatwirtschaftliche Initiative aber durch fehlende Infrastruktur oder rechtliche und institutionelle Probleme gehemmt. Die Kooperation mit dem Privatsektor umfasst daher auch Maßnahmen der Privatwirtschaftsförderung. Dabei stellt sich die Frage nach der Ausgestaltung staatlicher Interventionen. Während Private die Investitionsmittel liefern, müssen staatliche Stellen die „Spielregeln“ (Aufsichts- und Regulierungsfunktion) definieren und durchsetzen. Der Staat stellt darüber hinaus in vielen Fällen öffentliche Infrastruktur bereit oder stößt durch Kredite und Anschubinvestitionen privatwirtschaftliche Engagements an.

Die deutsche EZ unterhält traditionell gute und weitgespannte Kontakte zu Firmen im gesamten grünen Sektor, von der Produzentenebene (Kooperativen und Verbände) über die mittelständische Wirtschaft bis hin zu zahlreichen multinationalen Unternehmen. Über die einzelnen Projektkooperationen hinaus gibt es eine regelmäßige Zusammenarbeit bei Messen und Konferenzen und mit der verfassten Wirtschaft.

## 2 Formen der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement

Grundsätzlich lassen sich die aktuell existierenden Kooperationsformen der deutschen EZ mit dem Privatsektor sechs übergreifenden Basisformen zuordnen<sup>2</sup>. Diese

Klassifikation bildet die Grundlage für die Darstellung von Projektbeispielen im nachfolgenden Kapitel.

<b>Basisform der Kooperation</b>	<b>Unterformen/Modelle</b> <i>(Beispiele, kein Anspruch auf Vollständigkeit)</i>
<b>Sponsoring und Kofinanzierung</b> (kleinvolumig)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Philanthropie/Mäzenatentum</li> <li>• Sozio- und Ökosponsoring</li> </ul>
<b>Multi-Stakeholder-Dialoge und formelle Netzwerke</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Konsultationsprozesse</li> <li>• Institutionalisierte Dialoge (z. B. Public Private Dialogue)</li> <li>• Multi-Stakeholder-Plattformen (z. B. runde Tische zu CSR)</li> <li>• Sektorübergreifende Netzwerke</li> <li>• Vereine</li> </ul>
<b>Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft</li> <li>• Strategische Allianzen</li> </ul>
<b>Public Private Partnerships (PPP)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Performanceorientierter Servicevertrag</li> <li>• Managementvertrag</li> <li>• Leasing/Affermage</li> <li>• Konzession</li> <li>• BOT, BOOT, DBO</li> <li>• (Privatisierung, Verkauf)</li> <li>• Kreditlinien über kommerzielle Banken</li> <li>• Privates Fondsmanagement</li> </ul>
<b>Mobilisierung und Bündelung privaten und öffentlichen Kapitals</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arrangierungen, syndizierte Finanzierungen</li> <li>• Strukturierte Fonds mit verschiedenen Risikotranchen</li> <li>• Verbriefungen, Beteiligungen</li> <li>• Neugründung/Folgeinvestitionen in Mikrofinanzbanken oder Mikrofinanzholdings</li> <li>• Kapitalmarktentwicklung (z. B. Förderung der Emission von Anleihen durch Gemeinden/Versorgungsunternehmen)</li> <li>• Großvolumige Kofinanzierungen mit Privaten, die eigenständige Projektansätze verfolgen</li> </ul>
<b>Finanzdienstleistungen und Beratung für private Investitionen in Entwicklungsländern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzierung der Investitionen von privaten Unternehmen in Entwicklungsländern, z. B.: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Investitionskredite für produzierendes Gewerbe</li> <li>- Finanzierung privater Infrastruktur</li> <li>- KMU-Finanzierung</li> <li>- Finanzierung privater Beiträge in PPP-Ansätzen</li> </ul> </li> </ul>

zunehmende Risikoübernahme durch Private / zunehmende private Investitionen



<sup>2</sup> Siehe BMZ-Strategiepapier 5 | 2011: „Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – Kooperationsformen“.



## 2.1 Sponsoring und Kofinanzierung

Eine Vielzahl privater Stiftungen setzt sich für eine nachhaltige Landwirtschaft und ein nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen ein. Ein wichtiger Partner für die EZ ist hier beispielsweise die Bill & Melinda Gates Foundation. Die von den Stiftungen aufgesetzten Projekte sind teilweise großvolumig. Große Stiftungen sind besonders vital im Bereich der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit kleinbäuerlicher Betriebssysteme. Stiftungen, wie die McArthur Foundation, die Moore Foundation oder die MAVA Foundation, engagieren sich zunehmend zusammen mit dem Staat und der Privatwirtschaft auch im nachhaltigen Waldschutz oder dem angepassten Naturtourismus. Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungen liegt im Aufbau bzw. der Weiterentwicklung von Standardsystemen zum Management der Nachhaltigkeit entlang der Wertschöpfungskette, beispielsweise durch Ermittlung von Kohlenstofffußabdrücken.

## 2.2 Multi-Stakeholder-Dialoge und formelle Netzwerke

Die Komplexität und die Dimension der Herausforderungen, vor denen nachhaltige Landwirtschaft und nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen stehen, sind von einem Akteur alleine nicht zu bewältigen. In beiden Feldern besteht eine globale Vernetzung einer Vielzahl von Akteuren, Interessen und Einflüssen, die berücksichtigt werden muss, um Lösungen zu finden. Nur koordinierte Ansätze zwischen Privatsektor, Regierungen sowie Zivilgesellschaft können ihnen gerecht werden.

Die EZ unterstützt daher aus drei Gründen Multi-Stakeholder-Dialoge und Netzwerke. Erstens geht es um Informationsaustausch zu Aspekten und Erfahrungen, die für mehrere private Akteure gleichermaßen vorteilhaft und somit wettbewerbsneutral sind. Dieser Austausch dient der schnellen Verbreitung von erfolgreichen Praktiken und Lösungsansätzen (Effizienzgewinne auf Unternehmensebene). Zweitens geht es um Regelsetzungen entlang internationaler Wertschöpfungsketten, die es erlauben, die Transaktionskosten an den Schnittstellen von einem Unternehmen zum nächsten drastisch zu senken (Effizienz-

gewinne in internationalen Wertschöpfungsketten). Und schließlich geht es um die Bündelung gleichgerichteter Einzelinteressen, um gemeinsam förderliche Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Entsprechend fördert die EZ die Einbindung des Privatsektors in diverse Politikprozesse, den Zusammenschluss und Informationsaustausch des Privatsektors unter sich sowie mit dritten Akteursgruppen. Daher besteht meist eine enge Beziehung zu den unter 2.3 aufgeführten Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft. Sie nutzen die Netzwerke als Multiplikatoren. Die Netzwerke hingegen nutzen Entwicklungspartnerschaften, um Praxisbeispiele in Form von Pilotprojekten zu schaffen. Für die politischen Verhandlungsprozesse in den Netzwerken sind konkrete Beispiele aus der Realität wichtige Katalysatoren.

Die deutsche EZ ist in zahlreichen Netzwerken von Unternehmen und Verbänden vertreten (z. B. Sustainable Agriculture Initiative mit u. a. Nestlé, Danone, Unilever, Kraft Foods; Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bzw. im OAV – German Asia-Pacific Business Association) und hat viele sektorale Netzwerke angestoßen (Multi-Stakeholder-Initiativen). Dabei geht es um Kooperationen im Vor-Konkurrenzbereich, die dabei helfen, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in der Privatwirtschaft zu verankern und zu konkretisieren. Einen hohen Stellenwert haben dabei die Corporate-Social-Responsibility (CSR)-Strategien von Unternehmen, deren Umsetzung von der EZ unterstützt wird. Großangelegte sektorale Partnerschaften und Kooperationen werden in letzter Zeit auch mit anderen Geldgebern initiiert (z. B. mit der Bill & Melinda Gates Foundation in Afrika). Im Juni 2012 haben BMELV und BMZ gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden der kakaoverarbeitenden Industrie und des Lebensmittelhandels sowie Vertretern der Zivilgesellschaft das „Forum Nachhaltiger Kakao“ ins Leben gerufen. Die sektorweite Initiative soll Instrumente für mehr Nachhaltigkeit im Kakaoanbau erarbeiten und sie in enger Zusammenarbeit mit den Erzeugerländern umsetzen. Ziel ist es, Kakaobauern durch eine bessere Schulung an nachhaltige und produktivere Anbaumethoden heranzuführen und damit auch ihre Einkommenssituation und Lebensbedingungen zu verbessern. Wichtige Kooperationen der EZ bestehen weiterhin mit Initiativen,

wie beispielsweise der Rainforest Alliance, dem Round Table on Responsible Soy und der 4C Association, um nur einige zu nennen.

### 2.3 Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft

Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft wäre ohne eine Zusammenarbeit mit dem Privatsektor nicht möglich, da landwirtschaftliche Produktion weltweit überwiegend von privaten Akteuren betrieben wird. Die private und die öffentliche Seite haben das Ziel einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklung gemeinsam und beide Seiten sind an wirtschaftlichem Wachstum interessiert. Voraussetzungen für den Marktzugang von Bauern zu schaffen (z. B. als Zulieferer im Vertragsanbau und für das weiterverarbeitende Gewerbe) ist sowohl aus Sicht der Agrarunternehmen wichtig als auch im Hinblick auf die Entstehung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Das öffentliche Interesse an einem rationalen Management natürlicher Ressourcen überschneidet sich mit privaten Interessen an einer langfristigen, nachhaltigen Rohstoffsicherung.

Zahlreiche Entwicklungspartnerschaften, die aus solchen Zielüberschneidungen resultieren, beziehen sich auf definierte Märkte und die in diesen Märkten aktiven Bauern und Unternehmen aus Handel und verarbeitender Industrie (Wertschöpfungskettenansatz). Dabei geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Subsektors über stärkere Zusammenarbeit, abgestimmte Investitionen, Produktinnovation sowie technische und organisatorische Verbesserungen zu stärken. Entwicklungspartner sind alle beteiligten Unternehmen der Wertschöpfungskette, vor allem auch die kleineren und lokalen Unternehmen. Die deutsche EZ verfügt hier über langjährige Erfahrungen in wichtigen Sektoren (z. B. Kaffee, Baumwolle, Frischfleisch, Obst, Gemüse und Soja). Das Instrument der Entwicklungspartnerschaft ist damit im Sektor Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement sehr bedeutsam<sup>3</sup>, häufig werden so auch längerfristige,

breiter angelegte Strategische Allianzen mit der Wirtschaft initiiert. Die nachfolgenden Beispiele sind exemplarisch ausgewählt und geben einen Überblick über mögliche Projektansätze.

Ein Beispiel ist die Entwicklung und Professionalisierung der Wertschöpfungskette für frische Avocado in Vietnam. Hier arbeitete die GIZ mit Produzentenverbänden, lokalen Zwischenhändlern und dem vietnamesischen Einzelhandel zusammen, um die gesamte Kette zu optimieren. Themen der Zusammenarbeit waren vor allem Produktion und Absatzlogistik (Lagerung, Transport, Sortierung und Verpackung) und die Einführung eines Markennamens für hochwertige Ware („branding“).

Für die Entwicklung von landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten ist neben dem Aufbau genossenschaftlicher Strukturen der Vertragsanbau ein vielversprechender Ansatz. Hier schließen Agrarunternehmen langfristige Verträge mit organisierten Gruppen von Kleinbauern. Die Vertragsverhältnisse regeln meist nicht nur die Produktion und Vermarktung der Produkte der Bauern, sondern beinhalten zugleich ein umfassendes Paket agrarwirtschaftlicher Dienstleistungen, inklusive der Bereitstellung der nötigen Produktionsfaktoren (Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel, technische Ausrüstung), Beratung, Transportinfrastruktur und Kredite. Durch solche Vertragsanbausysteme wird das Produktions- und Vermarktungsrisiko für beide Seiten verringert. Im Rahmen der EZ können Kapital und Beratungsdienstleistungen („on-farm“ und/oder „off-farm“) zur Ausweitung solcher entwicklungspolitisch förderungswürdigen „outgrower schemes“ bereitgestellt werden.

In Ghana unterstützt die KfW beispielsweise die Zusammenarbeit von Kleinbauern mit einem Verarbeitungsunternehmen und einer lokalen Bank zur Steigerung der kleinbäuerlichen Kautschukproduktion. Durch die Stärkung kleiner landwirtschaftlicher Produzenten und Produzentenvereinigungen wird ein essenzieller Beitrag zur Einkommens- und Landrechtssicherung der lokalen Bevölkerung sowie zur Steigerung von Exporterlösen

<sup>3</sup> Der exakte Anteil an Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Bereich Landwirtschaft und Naturressourcenmanagement ist schwierig zu beziffern, da diese z. T. auch unter „Nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung“ und „Umwelt“ erfasst werden. Im Zeitraum 1999 bis 2008 machten jedoch direkt dem Landwirtschaftsbereich zuzuordnende Entwicklungspartnerschaften 12 % des Gesamtportfolios an integrierten und aus der Fazilität finanzierten Entwicklungspartnerschaften aus.

geleistet. In diesem Beispiel wird das Modell der Vertragslandwirtschaft als Hebel genutzt, um einer sozio-ökonomisch ungünstigen Landumverteilung zugunsten der Agroindustrie entgegenzuwirken. Der Ansatz war bisher so wirkungsvoll, dass ein „outgrower fund“ entwickelt wird, der die Förderung weiterer vertragslandwirtschaftlicher Zusammenschlüsse zwischen Nukleusunternehmen, Kleinbauern und Banken fördern soll.

Darüber hinaus werden aber auch Maßnahmen gefördert, die einer übergroßen Macht von Unternehmen der Agrarwirtschaft über Kleinbauern entgegenwirken (Unterstützung von Bauernvereinigungen, Gewährleistung gerechter Sozial- und Umweltstandards in den Verträgen). Eine der größten Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft und gleichzeitig ein überzeugendes Beispiel für die Erfolge des Vertragsanbaus ist die Strategische Allianz Cotton made in Africa. Rund 20 Millionen Menschen leben in Sub-Sahara-Afrika von der Baumwolle. Diese kleinbäuerlichen Produzenten sind durch Verträge an zentrale Unternehmen der Baumwollverarbeitung und -vermarktung gebunden. Trotz der guten Qualität der Baumwolle bereiten den Kleinbauern niedrige Weltmarktpreise, verzögerte Bezahlung und mangelnde Produktivität Probleme. Der Einsatz von Agrarchemikalien gefährdet zudem ihre Gesundheit. Die von der Otto-Gruppe 2005 initiierte Allianz Cotton made in Africa zielt darauf, die Verfügbarkeit hochwertiger Baumwolle aus Afrika dauerhaft sicherzustellen, die Einkommen der Kleinbauern zu sichern sowie Produktivität und Gesundheitsschutz zu verbessern. Dazu wurden eine Nachfrageallianz von Textilhandelshäusern gebildet und soziale, ökologische und ökonomische Mindeststandards in der Baumwollproduktion eingeführt. Neben der Otto-Gruppe engagieren sich die DEG, die GIZ, das deutsche Textilunternehmen Tom Tailor, die Deutsche Welthungerhilfe, der World Wide Fund for Nature (WWF) und Baumwollproduzenten aus Afrika.

Für die Steuerung einer nachhaltigen Agrarexpansion sind umfassende Ansätze des Kapazitätsaufbaus notwendig. Dabei geht es zum einen um Fachwissen hinsichtlich der Identifizierung, der nachhaltigen Nutzung und der Überwachung schützenswerter Flächen und Umweltdienstleistungen, zum anderen aber auch um Finanzierungsmechanismen für nachhaltige Agrarexpansion und die Verbindung zur staatlichen Landnutzungsplanung. Hierbei besteht eine enge Überschneidung zu den Multi-

Stakeholder-Dialogen und formellen Netzwerken (2.2), da Breitenwirksamkeit nicht über einzelne Projekte erzielbar ist. Die Zusammenarbeit in Multi-Stakeholder-Prozessen und Netzwerken ist entscheidend. Ein Beispiel hierfür ist der Common Code for the Coffee Community (4C), ein etablierter Standard im Bereich der Kaffeeproduktion, der mittlerweile als eigenständiger Verein (4C Association for a better coffee world) organisiert ist und die wichtigsten Kaffeeproduzenten weltweit umfasst. Die Initiative entwickelte sich aus einer anfänglichen Entwicklungspartnerschaft zwischen dem Deutschen Kaffeeverband und der GIZ heraus. In einem breit angelegten Multi-Stakeholder-Dialogprozess unter Beteiligung der maßgeblichen Kaffeeproduzenten, Vertretungen von Kleinbauernorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und verschiedenen internationalen Gebern ist aus der ursprünglichen Initiative eine umfassende Strategische Allianz entstanden, die mittlerweile in über 20 Ländern aktiv ist und Ende 2009 Rohkaffee im Volumen von 9,6 Millionen Sack aus verifizierten „4C Units“ vorweisen konnte.

Die Zusammenarbeit im Bereich Kapazitätsaufbau ist auch der Ausgangspunkt von erfolgreichen Projekten in Russland und Zentralasien, die im Rahmen der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft initiiert wurden und/oder vom bilateralen Kooperationsprogramm des BMELV gefördert werden. Bis heute haben landwirtschaftliche Betriebe in der Region mit den Folgen des Übergangs von einer zentralistisch geführten Planwirtschaft zu einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft zu kämpfen, da nach der Auflösung der Sowjetunion die Versorgung mit Landtechnik und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln weitgehend zusammenbrach. Viele Landwirte können zudem ihre Felder nicht optimal nutzen, weil ihnen betriebswirtschaftliche Kenntnisse und/oder Wissen über moderne, nachhaltige und effiziente Anbaumethoden fehlen. Hier setzen Projekte unter Beteiligung der Agrartechnologieunternehmen CLAAS (Erntemaschinen), LEMKEN (Bodenbearbeitung), KWS (Saatgut) und BASF (Pflanzenschutz) an. Sie fördern insbesondere den Aufbau von Dienstleistungsangeboten und bieten praxisorientierte Beratung sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Maschinenführer sowie für Fach- und Führungskräfte.

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft werden seit 1993 durch das Bundesministerium für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) unterstützt und so gezielt der Transfer moderner Technologien in die Partnerländer gefördert<sup>4</sup>. Gleichzeitig werden landwirtschaftliche Fach- und Führungskräfte praxisnah aus- und weitergebildet. Unternehmen der deutschen Agrarwirtschaft sowie deren Verbände engagieren sich in Demonstrationsbetrieben mit angeschlossenen Schulungszentren, in denen sie moderne Technik bereitstellen und Fachwissen vermitteln. Ein Beispiel ist das im Jahr 2011 gegründete Deutsch-Äthiopische Agrar-Weiterbildungszentrum zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, zur Demonstration moderner Produktionsweisen und zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung. Lokaler Partner ist das Kulumsa Agricultural Research Center, Projektdurchführer die GIZ, beteiligte Unternehmen sind AGCO, Bayer CropScience, Grimme, Europlant, Lemken, Rauch und Beinlich. Die Unternehmen bringen Landtechnik, Betriebsmittel und Experten ein und verbessern über das Projekt ihre Marktposition und Vertriebsmöglichkeiten im Land. Ähnliche Projekte finden derzeit in China, Kasachstan, der Russischen Föderation, der Ukraine und in Marokko statt. Darüber hinaus fördert das BMELV die Zusammenarbeit von Verbänden der Deutschen Agrarwirtschaft mit Partnerverbänden in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Berufsverbände und Genossenschaften helfen Landwirten, ihre politische Stellung und Marktposition zu verbessern. Deswegen unterstützt das BMELV die Zusammenarbeit von Bauernverbänden und landwirtschaftlichen Genossenschaften auf nationaler und internationaler Ebene<sup>5</sup>. Beispielsweise berät der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. (DGRV) seine Partner in Südbrazilien zu betriebswirtschaftlichen Fragen und Managementthemen. Eine weitere Partnerschaft des DGRV mit dem Dachverband der Genossenschaften in Kenia ist in Vorbereitung. Der Deutsche Bauernverband (DBV) unterstützt seine Pendanten in der Russischen Föderation und in Vietnam bei organisatorischen Fragen, bei der Mitgliederbetreuung und bei Dienstleistungen. Mögliche Kooperationsansätze zwischen dem DBV und den ausgewählten afrikanischen Verbänden werden demnächst identifiziert.

## 2.4 Public Private Partnerships (PPP)

Ein typisches Thema von PPP-Projekten im Agrarsektor ist die Verzahnung der privaten Überwachung und Förderung von Standards mit staatlicher Überwachung. Ein prominentes Beispiel ist der Bioenergiesektor. Die EU gibt hier Ziel- und Qualitätsvorgaben für private Zertifizierungssysteme vor. Die Systeme, die die staatlichen Vorgaben erfüllen, werden anerkannt. Der Staat konzentriert seine Ressourcen darauf, die (wenigen) anerkannten Zertifizierungssysteme zu überwachen, anstatt mehrere Tausend Produzenten direkt zu kontrollieren. Der Staat definiert die Zielvorgabe, der Privatsektor kann den effizientesten Weg zur Umsetzung wählen. Diese Form der Koregulierung wird künftig zunehmen; ein Trend, der nicht nur bei Nachhaltigkeitsstandards, sondern auch bei Gesundheits- und Pflanzenschutzstandards (SPS-Standards) zu beobachten ist. Auf diese Art und Weise können Regierungen privatwirtschaftliche Initiative motivieren. Wichtig ist insbesondere, dass es sich nicht um allgemeine Absichtserklärungen handelt, sondern um ein staatlich kontrolliertes System unter privatwirtschaftlicher Regie. Es geht um eine Ergänzung hoheitlicher Kontrollen und die Schaffung von Synergien, nicht um den Ersatz staatlicher Überwachungsfunktionen.

## 2.5 Mobilisierung und Bündelung privaten und öffentlichen Kapitals

Öffentliche Mittel reichen nicht aus, um die Dimensionen der entwicklungspolitischen Herausforderungen bewältigen zu können (Stichwort: 9 Milliarden Menschen, MDG 1). Daher wird die Mobilisierung und Bündelung privaten und öffentlichen Kapitals zukünftig eine größere Rolle spielen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hier die bereits in Kapitel 2.1 bzw. in Kapitel 2.3 skizzierte Zusammenarbeit mit von Unternehmen gegründeten Stiftungen wie der Bill & Melinda Gates Foundation oder der Aid by Trade Foundation der Otto-Gruppe. Die hier gemeinsam finanzierten Fördervorhaben, beispielsweise zur Unterstützung agrarischer Wertschöpfungsketten, haben in ihrem Volumen und in ihrer Relevanz in den letzten Jahren stark zugenommen.

4 Seitens des BMELV werden diese Partnerschaften als Wirtschaftskooperationsprojekte (WKO) bezeichnet.

5 Das BMELV bezeichnet diese Partnerschaften als Verbandskooperationen (VKO).

Ein sehr aktuelles und richtungsweisendes Beispiel für die Bündelung öffentlichen und privaten Kapitals zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des Landwirtschaftssektors in Afrika ist der Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF). Die KfW Entwicklungsbank hat den AATIF im Auftrag des BMZ gemeinsam mit der Deutschen Bank gegründet. Der Fonds wird in Afrika ansässigen und erfahrenen privatwirtschaftlichen Unternehmen und Landwirten Kredite, Garantien und in kleinerem Umfang auch Eigenkapital zur Verfügung stellen. Ziel des AATIF ist es, vorhandene Potenziale in der Landwirtschaft und im Handel nachhaltig auszuschöpfen. Im unmittelbaren Fokus stehen dabei die nachhaltige Förderung der Einkommen der im Landwirtschaftssektor arbeitenden Bevölkerung sowie eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen.

Ein weiteres Beispiel ist die Investment Climate Facility (ICF), die spezifisch auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Tätigkeit ausgerichtet ist. Die ICF wurde als Trust Fund nach englischem Recht in Tansania gegründet mit dem Ziel, das Investitionsklima für die Privatwirtschaft in Afrika zu stärken. Der nach privatwirtschaftlichen Prinzipien agierende Fonds finanziert Projekte, die das Investitionsklima verbessern und die Beschäftigung in Afrika erhöhen sollen. Sein Ziel ist es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kleine wie große Unternehmen in vielen Bereichen zu verbessern. Im Fokus stehen Registrierung und Lizenzierung, Steuer- und Zollpolitik, Wettbewerbspolitik, Ausbau der Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Zugang zu Finanzierung sowie Korruptions- und Gewaltbekämpfung.

An dem Fonds sind private Unternehmen wie Anglo American, Unilever und die Standard Bank beteiligt, afrikanische Regierungen wie Südafrika sowie bi- und multilaterale Geber, darunter Deutschland über die KfW Entwicklungsbank, die Niederlande, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Internationale Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank. Gemeinsam wirken sie an der Gestaltung des Fonds und seiner Projekte mit. Es werden nur Projekte gefördert, die die tatsächlichen Bedürfnisse des Privatsektors treffen. Die ICF agiert nach dem Wettbewerbsprinzip, das heißt, dass die vorgeschlagenen Projekte um die Mittel der ICF konkurrieren, die dann die vielversprechendsten Ansätze auswählt.

## 2.6 Finanzdienstleistungen und Beratung für private Investitionen in Entwicklungsländern

Investitionen in die Landwirtschaft und die Verwaltung natürlicher Ressourcen erfolgen immer unter besonderem Risiko. Die Kooperation der Investoren mit der EZ kann es ermöglichen, die Risiken zu ermitteln und soweit zu senken, dass Investitionen getätigt werden, die sonst unterbleiben würden. Denn um die Steigerung und die Nachhaltigkeit der agrarischen Produktion zu gewährleisten, sind Investitionen in landwirtschaftliche Primärproduktion und in Verarbeitungsbetriebe notwendig. Dies betrifft sowohl die Ausweitung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Verarbeitung der Produkte als auch die Stärkung der Verarbeitungsqualität, der Transport- und Lagerlogistik sowie der Wettbewerbsfähigkeit als auch die Einbindung und das Nachhaltigkeitsmanagement von Zulieferketten bis zur Zertifizierung.

Insbesondere für Kleinbauern und KMU ist der Zugang zu kleinen und mittleren Krediten und weiteren Finanzdienstleistungen wichtig, d. h. für sie ist eine Ausdehnung der Tätigkeit lokaler Finanzinstitute in den ländlichen Raum bedeutsam. Daneben gewinnen Risikomanagementinstrumente an Bedeutung für Produzenten: Ernteversicherungen, Warentermingeschäfte und die Verpfändung von Ware (warehouse receipt programme) können in Agrarfinanzierungen eingebunden werden. Versicherungen gegen Kreditausfälle können ein wesentliches Instrument zur Minderung von Kreditrisiken darstellen und somit den Zugang zu Kredit erleichtern.

Die KfW fördert in einer Reihe von Ländern die Verbesserung des Finanzdienstleistungsangebots im ländlichen Raum durch Zusammenarbeit mit qualifizierten örtlichen Finanzinstitutionen. Mit gezielter Unterstützung der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) hat zum Beispiel die AccessBank in Aserbaidschan ein Agrarkreditprodukt entwickelt und eingeführt. Nach nur drei Jahren erreichte die Bank mit diesem Angebot Mitte 2010 mehr als 30.000 Kleinbauern, was rund einem Drittel aller Kreditnehmer der AccessBank entsprach. Dadurch konnten erhebliche Investitionen der Bauern ermöglicht werden. Gleichzeitig konnte die Bank durch massiven Ausbau des ländlichen Filialnetzes auch weitere wertvolle Finanzdienstleistungen (Überweisungen, Sparprodukte, KMU-Kredite u. a.) für die

ländliche Bevölkerung und Unternehmen im ländlichen Raum anbieten, die bislang von der Versorgung mit geeigneten Angeboten weitgehend abgeschnitten waren.

In Ghana begann kürzlich ein GIZ-Pilotvorhaben, dessen Ziel es ist, in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Privatwirtschaft vier Agrarversicherungsprodukte einzuführen – eingebettet in bestehende landwirtschaftliche Organisationsstrukturen. Von Seiten der Privatwirtschaft sind daher neben Produzenten und Produzentenvereinigungen auch Unternehmen eingebunden, die beispielsweise im Rahmen von „outgrower schemes“ Agrarrohstoffe aufkaufen, Produktionsfaktoren zuliefern, wie z. B. verbessertes Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Mechanisierung etc., und Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind die staatliche Vermarktungsstelle für Kakao und Akteure aus der nationalen und internationalen Versicherungswirtschaft (Rückversicherer, Erstversicherer, Distributionskanäle) an dem Vorhaben beteiligt.

Die DEG finanziert Investitionen und Wachstumsprogramme von Privatunternehmen des Agrarsektors. Dies erfolgt als direkte Finanzierung an die Unternehmen in Form von langfristigen Darlehen, Eigenkapital, und mezzaninen Finanzierungen oder indirekt über lokale Banken, die die DEG garantiert. So hat die DEG ein innovatives südafrikanisches Unternehmen über die Standard Chartered Bank (SCB) bei der Erntevorfinanzierung für zuliefernde Farmer unterstützt. Dadurch wird nicht nur der Agrarsektor gefördert, sondern gleichzeitig ein Beitrag zur Entwicklung des afrikanischen Kapitalmarktes geleistet. Die Landwirte profitieren sowohl von der Bereitstellung der Finanzierung als auch von der Absicherung der Risiken vor der Ernte. Sie können die Produktionskosten senken, die Produktivität steigern und schließlich höhere Gewinne erzielen.

Im Rahmen einer vom BMELV finanzierten Studie in Äthiopien werden Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe – und hier insbesondere zur Finanzierung von Landtechnik – untersucht.

Im Bereich des Ressourcenschutzes gibt es weltweit bereits eine ganze Reihe öffentlich-privater Kooperationen im Vorfeld von und begleitend zu öffentlichen Investitionen. Häufig beteiligen sich auch Gruppen der Zivilgesellschaft an der konkreten Projektumsetzung. So wird im Rahmen von Nationalparkvorhaben eng mit der privaten Wirtschaft zusammengearbeitet. Ein Beispiel ist der Limpopo-Nationalpark in Mosambik, der mit Hilfe von FZ-Mitteln eingerichtet wird, ein Schutzgebiet, das an den Krüger-Nationalpark grenzt. Zunächst sind dort öffentliche Investitionen in die Basisinfrastruktur (Wegebau, Parkverwaltung, Informationszentren etc.) erforderlich, damit die Privatwirtschaft mit Investitionen im Tourismusbereich nachfolgen kann (Reiseveranstalter, Hütten, Zeltplätze etc.). Erste Hütten und Lizenzen für Reiseveranstalter wurden bereits an Investoren vergeben. Das Konzept, die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen und darüber Privatinvestoren zu gewinnen, die als Katalysatoren die weitere Entwicklung des Nationalparks sicherstellen, ist auch in Namibia im Bwabwata-Park erfolgreich.

# 3 Ansätze und Instrumente weiterer Ressorts sowie Initiativen der verfassten Wirtschaft

## 3.1 Ansätze und Instrumente weiterer Ressorts

Das Programm zur Förderung von Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen im Ausland, das das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (BMU) ins Leben gerufen hat, unterstützt Projekte aus den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz in den neuen EU-Mitgliedsländern und den EU-Beitrittskandidatenländern. Die Projekte leisten einen Beitrag zur Reduzierung der Schadstoffbelastung von Gewässern und Luft, wobei zunehmend auch Ansätze zur effizienten Energienutzung implementiert werden sollen.

Im Jahre 2009 standen vor allem die humanitären Krisen in Somalia, Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo und im Sudan im Fokus der Aufmerksamkeit. Das **Auswärtige Amt** (AA) beteiligte sich mit verschiedenen Maßnahmen an ihrer Bewältigung. In Afghanistan zum Beispiel liegt ein Schwerpunkt auf Ernährungssicherung, dicht gefolgt von Schutzmaßnahmen und Notunterkünften. Es wurden aber auch klassische Soforthilfemaßnahmen in den Bereichen Hygiene und Gesundheit durchgeführt.

Das **Bundesministerium für Bildung und Forschung** (BMBF) fördert die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Politik und Wirtschaft durch das Portal Kooperation international. Inhaltlich decken die vom BMBF geförderten Projekte ein breites Spektrum ab, das von natur- und geisteswissenschaftlichen Themen bis hin zu Aspekten der Unternehmensführung und Vermarktung reicht.

## 3.2 Initiativen der verfassten Wirtschaft

Der **Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband** (DGRV) engagiert sich im Bereich der weltweiten Armutsbekämpfung durch den Aufbau von genossenschaftlichen Strukturen im Spar- und Kredit-, gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektor. Ein Schwerpunkt ist u. a. die betriebswirtschaftliche Beratung von Genossenschaften. Durch Spar- und Kreditgenossenschaften und durch mit der Landwirtschaft verbundene Genossenschaften soll benachteiligten Personengruppen der Zugang zu ange-

passten Finanzdienstleistungen ermöglicht werden. Unter anderem führt der DGRV ein vom BMELV gefördertes Genossenschaftsprojekt in Brasilien durch.

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI) vertritt die Ansicht, dass eine nachhaltige Armutsreduzierung nur durch ein von privatwirtschaftlichem Engagement getragenes Wirtschaftswachstum möglich ist. Vor diesem Hintergrund werden weltweit Projekte im Bereich der Privatsektorförderung unterstützt. Dabei spielen Wirtschaftskooperationen zwischen deutschen und lokalen Unternehmen eine große Rolle.

Als Teil des BDI unterstützt der **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** (OA) Projekte zur Förderung der marktwirtschaftlichen Entwicklung und zur Aus- und Weiterbildung junger Menschen in Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus.

Führende Verbände und Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft haben sich in der **Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft** zusammengeschlossen, die dem OA bzw. dem OAV – German Asia-Pacific Business Association angegliedert ist. Ihr Ziel ist es, die Entwicklung der Landwirtschaft, Fischerei und Verarbeitungsindustrie in den Partnerländern aktiv zu unterstützen, indem sie insbesondere Fachwissen und moderne Betriebs- und Investitionsmittel bereitstellen, die Handelsbeziehungen fördern sowie Direktinvestitionen leisten. Beispielsweise führt die Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft ein vom BMELV kofinanziertes Projekt zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Südosteuropas im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft durch.

Die **Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft** (DLG) unterstützt durch die **DLG International GmbH** Unternehmen und Organisationen der Agrarwirtschaft in über 100 Ländern. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind ländliche Regionalentwicklung, Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement sowie Aus- und Weiterbildung. Die DLG führt unter anderem auch Schulungsprojekte für das BMELV im Ausland durch.



Als Tochter des **Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)** führt die **DIHK Service GmbH** Projekte gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern, Auslandshandelskammern und Branchenverbänden in Osteuropa durch. Schwerpunkte dabei sind Fortbildungsangebote und die Förderung von Wirtschafts- und Unternehmenskooperationen.

Der **Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)** als Dachverband des Groß- und Außenhandels vertritt insbesondere auch den deutschen Importhandel, der gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine bedeutende Rolle für viele Entwicklungs- und Schwellenländer spielt. Der BGA und seine Mitglieder aus den verschiedenen Bereichen, wie z. B. Fruchthandel, Kaffee, Blumen- oder Getreidehandel, bieten ihre Experti-

se interessierten Unternehmen und Organisationen sowie den Institutionen der EZ vor Ort als Beratungsdienstleistung an.

Sehr konkret wird dieses Engagement durch das BGA-Mitglied **Deutscher Kaffeeverband (DKV)**, wahrgenommen. Der DKV fördert den Umweltschutz in Kaffeeanbaubieten und versucht die Einkommenssituation und die Lebensbedingungen der Kaffeeproduzenten im Rahmen von Aktivitäten zu verbessern, die über das Kerngeschäft der jeweiligen Unternehmen hinausgehen. Neben dem Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen zielen die Maßnahmen auf eine Verbesserung des Farmmanagements, der Produktivität und der Produktqualität aufseiten der Erzeuger ab.



## 4 Ausblick

Die betrachteten Beispiele im grünen Sektor verdeutlichen die Bandbreite öffentlich-privater Kooperationspotenziale. Es gibt jedoch auch eine Reihe nicht zu unterschätzender Herausforderungen. Denn einerseits werden natürliche Ressourcen als wirtschaftliches Gut behandelt, das privatwirtschaftlich genutzt werden soll, um Entwicklungen anzustoßen, andererseits müssen wirkungsvolle Kontrollmechanismen etabliert werden, um die Übernutzung zu verhindern. Besonders muss im Rahmen der EZ auf die Einhaltung anerkannter Umwelt- und Sozialstandards gedrängt werden. Erschwerend wirkt sich aus, dass die Rechtssysteme in den Entwicklungsländern nicht immer die Durchsetzung vertraglicher Vereinbarungen ermöglichen.

Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und die ländliche Entwicklung sind daher eine zentrale Aufgabe der EZ und als solche im Koalitionsvertrag der Bundesregierung formuliert. In der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft zur Erreichung dieser Ziele lassen sich dabei u. a. die nachfolgenden Trends bzw. Ansatzpunkte identifizieren:

- Überfällig sind Investitionsprogramme zur Erhöhung der Produktionseffizienz in Entwicklungsländern. Sie können beispielsweise Agrarfonds, Agrarkreditlinien oder spezifische Finanzierungsprogramme für Investitionen in Landtechnik umfassen.
- PPPs werden zukünftig in Anbetracht knapper öffentlicher Haushalte wichtiger. Die notwendige Maßstabsvergrößerung benötigt neue Umsetzungswege. Synergien aus Koregulierung können helfen, die Wirkung der eingesetzten staatlichen Mittel signifikant zu erhöhen.
- Das unmittelbare Produktionssystem der Landwirtschaft sind die Ökosysteme. Der Klimawandel wird hier zu signifikanten Umwälzungen führen, die entsprechende Strukturanpassungen erforderlich machen. Da die notwendigen Anpassungsmaßnahmen sowie der Klimaschutz starke Überschneidungen zum Thema des nachhaltigen Wirtschaftens insgesamt aufweisen, bietet es sich an, die hierin liegenden Synergien zu nutzen und den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsmodellen stärker zu unterstützen.
- Da der Staat ein zunehmend wichtiger Entwicklungspartner von Unternehmen wird, werden auch mögliche Wettbewerbsverzerrungen wahrscheinlicher. Daher sind wirksame Steuerungsinstrumente, wie z. B. klar definierte Kriterien für die Partnerauswahl und deutlich abgrenzbare Kooperationsthemen/-felder erforderlich, um unerwünschten Mitnahmeeffekten vorzubeugen.
- Der Wettbewerb um den Zugang zu Ressourcen wird drastisch zunehmen. Daher sind Regulierungen zur Steuerung des Zugangs und zur Sicherung der Produktivität der Ökosysteme notwendig. Dies trifft beispielsweise auf die Verdrängung von Waldflächen durch großflächige Landwirtschaft zu. Hier sind strenge Nachhaltigkeitsprüfungen durch den Staat und/oder privatwirtschaftlich getriebene Standardsysteme zwingend, um abzuwägen, ob eine Umwandlung von forstwirtschaftlich in landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten überhaupt zulässig ist. Dies ist in erster Linie eine Herausforderung für die Politik. Dennoch besteht hier ein großes Kooperationspotenzial, die Regulierungen zusammen mit dem Privatsektor zu entwickeln (siehe 2.4).
- Zunehmend schließen Regierungen und Unternehmen Partnerschaften, um gemeinsam das Problem der nachhaltigen Ressourcensicherung in Angriff zu nehmen. Hier besteht die Chance zu einer gemeinsamen Außenwirtschaftspolitik von staatlichen Akteuren und Unternehmen.
- Bewährte Erfahrungen aus bestehenden Strategischen Allianzen, Partnerschaften und Netzwerken in bestimmten Subsektoren der Landwirtschaft, wie z. B. dem Kaffee- und Baumwollsektor, sind auf andere Subsektoren der Land- und Forstwirtschaft sowie das Naturressourcenmanagement, wie z. B. hinsichtlich nachwachsender Rohstoffe für industrielle Zwecke und nachhaltiger Nutzung der Biodiversität, auszuweiten bzw. anzuwenden.

- Die Mehrheit der internationalen Ernährungs- und Agrarindustrie hat sich ehrgeizige Ziele zur Erhöhung der Nachhaltigkeit ihrer Produkte gesetzt, was zu einem bereits spürbaren Nachfrageanstieg nach nachhaltigen Produkten führt, aber auch die Anforderungen an Produzenten erhöht. Diese steigende Nachfrage nach nachhaltigen Produkten wird von Entwicklungsländern ohne neue Strategien des Kapazitätsaufbau nicht schnell genug bedient werden können. Daher sollte die praxisorientierte berufliche Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in innovationswilligen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie größeren Betrieben des Agrarsektors im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften und Strategischen Allianzen mit der Wirtschaft einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Gleichzeitig sollte die Einführung und Verbreitung von verbesserten Technologien durch systematisch geplante Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht und flankiert werden, um eine erfolgreiche Einführung und sinnvolle Nutzung zu gewährleisten. Weitere Synergien können durch die Vernetzung von lokalen Agrarforschungs-, Beratungs- und Ausbildungseinrichtungen sowie durch die Vernetzung von privaten Akteuren untereinander (z. B. von sich in der Wertschöpfungskette ergänzenden Wirtschaftspartnern) und durch die Entwicklung neuer/zusätzlicher Dienstleistungsstrukturen erschlossen werden.
- CSR fließt verstärkt in Kernbereiche der Wirtschaft ein. Die Verschränkung von Produktqualität sowie sozialer und ökologischer Produktionsqualität rückt stärker in den Fokus, wie beispielsweise im Rahmen der Nahrungsmittelsicherheit.
- Investitionsentscheidungen von institutionellen und privaten Investoren orientieren sich verstärkt an der Nachhaltigkeitsperformance von Unternehmen, beispielsweise bei staatlichen Pensionsfonds.

# Glossar

## **Kohlenstofffußabdruck**

Auch CO<sub>2</sub>-Bilanz genannt, ist ein Maß für den Gesamtbetrag von Kohlendioxid-Emissionen, die direkt und indirekt durch eine Aktivität verursacht werden oder über die Lebensstadien eines Produkts entstehen. Es ist ein hilfreiches Mittel, um die Klimaauswirkungen von Produkten, Dienstleistungen und anderen Geschehnissen im Alltag eines jeden Menschen zu ermitteln. Oftmals werden in die Berechnung des Kohlenstofffußabdrucks – aufgrund einer fehlenden international anerkannten Definition – alle Treibhausgase oder andere Faktoren einbezogen. Die Angaben erfolgen in der Regel in Tonnen pro Jahr.

## **Landwirtschaft**

Zielgerichtete Herstellung pflanzlicher oder tierischer Erzeugnisse auf einer zu diesem Zweck bewirtschafteten Fläche. Der Anbau von Pflanzen und die Haltung von Tieren dienen in erster Linie der Nahrungsmittelproduktion und in zweiter Linie der Herstellung von Rohstoffen für die Bekleidungsproduktion. Darüber hinaus spielen andere Verwertungsformen eine Rolle, wie die Nutzung als Energieträger oder als nachwachsender Rohstoff für andere industrielle Produkte.

## **Naturressourcen**

Boden, Wasser, Luft und Biodiversität

## **Naturressourcenmanagement**

Erschließung, Nutzung und langfristige Sicherung natürlicher Ressourcen; beinhaltet u. a. ein effektives Wasser- und Weidemanagement, den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, einen nachhaltigen Pflanzenschutz, die Vermeidung von Bodenerosion und die Bewahrung der Artenvielfalt; leistet einen Beitrag zur Erreichung internationaler Umwelt- und Entwicklungsziele wie Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Desertifikationsbekämpfung.

## **outgrower schemes**

Partnerschaften zwischen Agrarwirtschaftsunternehmen und Kleinbauern in Form von Vertragsanbau. Sie können neben der dauerhaften Abnahme Qualifizierungsmaßnahmen für Bauern und Qualitätsverbesserungen von Produkten beinhalten.

# Abkürzungsverzeichnis

4C	4C Association for a better coffee world („Common Code for the Coffee Community“)
AATIF	Africa Agriculture and Trade Investment Fund
ARD	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (engl. Agriculture and Rural Development)
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BGA	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BOOT	Build-Own-Operate-Transfer (PPP-Modell)
BOT	Build-Operate-Transfer (PPP-Modell)
CSR	Corporate Social Responsibility
DBO	Design-Build-Operate (PPP-Modell)
DBV	Deutscher Bauernverband e. V.
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
DGRV	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DKV	Deutscher Kaffeeverband
DLG	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V.
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GFFA	Global Forum for Food and Agriculture
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
ICF	Investment Climate Facility
IFC	Internationale Finanz-Corporation (engl. International Finance Corporation)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MDG	Millenniumsentwicklungsziel (engl. Millennium Development Goal)
NGO/NRO	Nichtregierungsorganisation
OA	Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
PPP	Public Private Partnership
SCB	Standard Chartered Bank
SPS	Gesundheits- und Pflanzenschutzstandards (engl. Sanitary and Phytosanitary Measures)
VKO	Verbandskooperation
WKO	Wirtschaftskooperation
WWF	World Wide Fund for Nature



## Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat Zusammenarbeit mit der Wirtschaft; Servicestelle

In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft  
für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Koordination

Referat Zusammenarbeit mit der Wirtschaft; Servicestelle

Redaktionelle Unterstützung

Christian Koch, Como Consult

Gestaltung

Stefan Mümpfer - grafic works -

Lektorat

Claudia Brandt

Bildnachweis

Titel © GIZ/S. Mümpfer

Stand

April 2013

Postanschrift der BMZ-Dienste

BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn  
T +49 228 99 535-0  
F +49 228 99 535-3500

BMZ Berlin | im Europahaus  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin, Germany  
T +49 30 18 535-0  
F +49 30 18 535-2501

[poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)

[www.bmz.de](http://www.bmz.de)